E: 30.01.2024
18/8653

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, ENERGIE UND MOBILITÄT

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
http://www.mkuem.rlp.de

30. Januar 2024

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder und Jutta Blatzheim-Roegler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Streusalz-Alternativen: Nachhaltiger Winterdienst“

- Drucksache 18/8492 -

Die Kleine Anfrage Drucksache 18/8492 der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder und Jutta Blatzheim-Roegler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Grundsätzlich wird beim Einsatz von Streusalz darauf geachtet, dass dieser zielgenau und möglichst gering erfolgt um verschiedene schädliche Nebenwirkungen auf die Umwelt zu minimieren.

Die Verwendung von Streusalz kann direkte aber auch indirekte negative Auswirkungen auf Pflanzen haben. Gefährdet sind vor allem Bäume und Hecken in der Nähe von Straßen und Wegen. Die direkten Auswirkungen betreffen Verätzungen der Wurzeln, Rinde

Verkehrsanbindung
Ⓗ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ♿ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten
Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)

und Zweige durch das Salz, Aerosole, Gischt oder auch Pflugschnee. Durch die Aufnahme aus dem Schmelzwasser in die Wurzel gelangen die Salzionen in die Pflanze und haben auch indirekte negative Auswirkungen.

Neben Kontaktschäden wie Verätzung von Pflanzen, aber auch Verätzungen und Entzündungen von Tierpfoten bei Hunden und Katzen sind insbesondere die Langzeitwirkungen von Streusalzeinsätzen durch Nährstoffauswaschungen und Mangelerscheinungen relevant und zeigen sich erst zeitlich stark verzögert.

Zu Frage 2:

Auf viel befahrenen Straßen, zum Beispiel Autobahnen und Bundesstraßen sowie gefährlichen Straßenabschnitten gibt es im Winterdienst aus Gründen der Verkehrssicherheit keine in der Abwägung umweltfreundlichere Alternative zu Streusalz (Natriumchlorid). Hierbei sind sowohl die Auswirkungen einerseits als auch die energieaufwändigere und teurere Herstellung von Alternativen wie zum Beispiel von Formiaten oder Acetaten berücksichtigt. Der Winterdienst erfolgt differenziert, d.h. je nach Witterung, den spezifischen örtlichen Verhältnissen, etc. sollte entschieden werden, welches Verfahren (bspw. mechanische Räumung ergänzt durch den Einsatz von Streumittel) eingesetzt wird. Im privaten Bereich und auf Gehwegen ist der Einsatz von Streusalz in verschiedenen Kommunen verboten.

Zu Frage 3:

Die Kommunen können sich jederzeit von den Fachbehörden des Landes, wie etwa dem Landesamt für Umwelt, beraten lassen.

Zu Frage 4:

Die Palette der aktuell einsetzbaren Streumittel, deren Eigenschaften und mögliche Umweltauswirkungen sind der Landesregierung bekannt.

Siehe auch Antwort zu den Fragen 5 und 6.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Im Einsatzbereich des Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) beim Straßenwinterdienst auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen gibt es gemäß dem aktuellen Stand der Technik und unter Bezugnahme auf das Fachwissen beim Straßenwinterdienst keine umweltfreundlichen Alternativen zu Streusalz und Sole. Alle anderen Streumittel weisen bei ganzheitlicher Betrachtung eine im Vergleich schlechtere Öko- bzw. CO2-Bilanz auf und sind damit, abgesehen von den wesentlich höheren Kosten, nicht als Alternative geeignet. Im Einzelnen ist mit abstumpfenden Stoffen keine ausreichende Sicherheit herzustellen. Aber auch die Umweltwirkung von anderen Streustoffen bzw. chloridfreien Taumitteln bewertet insbesondere das Umweltbundesamt kritisch. Gründe zur Durchführung eines Modellversuchs beim LBM werden daher nicht gesehen.

gez.

Katrin Eder